

Dienstag, 19. Dezember 1961

Blatt 2894

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Geschäftsgruppe IX: Wohnungsangelegenheiten
=====

19. Dezember (RK) Am heutigen achten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde vorerst die Geschäftsgruppe IX, Wohnungsangelegenheiten, behandelt. Der Referent ist Stadtrat Glaserer.

Einleitend stellte er fest, daß ohne gesetzliche Regelung - das Wohnungsanforderungs- bzw. Neuvermietungsgesetz ist leider abgelaufen - nicht so geholfen werden kann wie man mißte. Die Wohnungsnot kann von der Gemeinde Wien allein nicht beseitigt werden. Auf dem privaten Sektor werden aber die Wohnungen nach den Spielregeln einer kapitalistischen Marktwirtschaft vergeben.

Ohne Gesetz ist Wohnungsnotstand nicht lösbar

"Die Wohnung als Ware behandeln bedeutet", sagte Stadtrat Glaserer, "daß am privaten Sektor der unbemittelte Wohnungsuchende nie zum Zuge kommen kann, obwohl tausende Privatwohnungen leer stehen, oder nicht benützt werden!"

Hier liegt vor allem die Ursache des bestehenden akuten und ohne gesetzliche Maßnahmen nicht lösbaren Wohnungsnotstandes.

Der mit der Gesetzeslage meist wenig vertraute Wohnungsuchende sieht in der Magistratsabteilung 50 noch immer das Wohnungsamt und kann nicht verstehen, warum er die von ihm genannte leerstehende Wohnung nicht zugewiesen bekommen kann. Völlig zu unrecht richtet sich dann sein Unwillen gegen die Stadtverwaltung.

Neben vielen anderen Gründen sind hauptsächlich zwei Umstände für den akuten Wohnungsnotstand maßgebend: Substanzverlust und Zuwanderung.

Der vorhandene Wohnungsfehlbestand ist vor allem ein Fehlbestand an gutem, gesundem, den heutigen Anforderungen entsprechenden Wohnraum.

Vor allem qualitativer Notstand

Die zirka 250.000 typischen Wiener Zinswohnungen sind das allzu schlimme Erbe aus der Spekulationszeit. Diese Miethäuser mit ihren vielbesprochenen, am Gang befindlichen Gemeinschaftseinrichtungen sind zahlenmäßig zweifellos der größte Notstand in unserer Stadt.

Daher ist der qualitative Notstand das Problem Nummer 1 in unserem Wiener Wohnungswesen und wird es voraussichtlich noch lange Zeit bleiben. In diesen qualitativ schlechten Wohnungen gibt es aber auch eine sehr große Zahl Fälle, die nach einer Lösung schreien.

Rund 24.000 Fälle sind wegen krassen Überbelag oder wegen Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung vorgemerkt. Es gibt aber daneben mindestens ebenso viele, in der Statistik nicht aufscheinende Fälle, die eine möglichst sofortige Lösung erfordern würden:

Man denke an unsere alten Menschen, die in hochgelegenen Stockwerken - ohne Aufzug - wohnen, an die große Zahl der Invaliden und Körperbehinderten, an die nicht minder große Zahl der verschiedenartig schwer Erkrankten.

Ihnen allen ist das Stiegensteigen eine Qual. Die Wohnung kann oft, wenn überhaupt, nur unter größter Anstrengung erreicht werden.

Wer hat heuer von der Gemeinde Wohnungen erhalten

In manchen Fällen konnte der "Amtliche Wohnungstauschanzeiger" die gesuchte Lösung bringen. Die Zahl der Einschaltungen hat sich um 20 Prozent, die der Abonnennten um nahezu 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Ein Beweis dafür, wie diese Menschen bemüht sind, sich selbst zu helfen.

Beim privaten Vermieter

ist es nur leider sehr selten, ohne entsprechende Ablöse die Zustimmung zum beabsichtigten Wohnungstausch zu erreichen.

Die heuer der Gemeinde Wien zur Verfügung gestandenen 5.728 Wohnungen wurden folgendermaßen vergeben: Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen, Mieter aus freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Gemeinde Wien) 1.271, obdachlose Familien aus städtischen Herbergen, Baracken, Schrebergärten oder sonstigen Notunterkünften 500, von Obdachlosigkeit bedrohte Familien 447, Fälle wegen offener Tbc (Räumungsauftrag des Gesundheitsamtes) 77, Familien aus überbelegten Wohnungen 1.338, Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen 610, Ehepaare, die in Ermangelung einer eigenen Wohnung keinen gemeinsamen Haushalt führen konnten 123, Fälle wegen sozialen Notstandes 1.252, alte Leute und alleinstehende Personen, die eine große Wohnung gegen eine kleinere wechselten 86, Ordinationswohnungen 24.

Die soziale Stellung der neuen Mieter: Bundesangestellte 524, Gemeindeangestellte 559, Pensionisten und Rentner 1.089, Arbeiter in der Privatwirtschaft 2.420, Angestellte in der Privatwirtschaft 838, Freiberufliche und Selbständige 298.

Damit hat die Stadtverwaltung das Wohnungsproblem für eine große Zahl von Familien lösen können. Eine weitaus größere Zahl wartet weiter auf eine Lösung und scheint weiter in der Vormerkungsstatistik auf.

Die Gemeinde hat durch das Fehlen gesetzlicher Handhaben seit fast vier Jahren keinen Überblick mehr, wie weit auf dem privaten Sektor auch die in der städtischen Statistik aufscheidenden Wohnungssuchenden unterkommen konnten. Eine nunmehr abgeschlossene, sehr umfangreiche Erhebung hat ergeben, daß dies bei rund 8.000 Wohnungssuchenden der Fall war.

Wenn man bedenkt, daß auf dem privaten Sektor jährlich mindestens 10.000 Wohnungen mietrechtlich frei werden, ist das eine recht bescheidene Zahl.

32.158 Wohnungssuchende

Die durch die Erhebungen richtig gestellte Vormerkungsstatistik weist nun 32.158 Vormerkungen aus, in denen 7.675 Notstandsfälle enthalten sind.

Diese Vormerkungen gliedern sich wie folgt: 734 Fälle wegen Einsturzgefahr, 2.880 wegen bestehender Obdachlosigkeit, 3.884 wegen drohender Delogierung, 177 wegen schwerer Gesundheitsgefährdung, 15.731 wegen Überbelag der Wohnungen, 7.497 wegen in gesundheitsschädlichen Wohnungen und 1.255 wegen getrennten Haushaltes.

"Ich glaube", sagte Stadtrat Glaserer zu den Wiener Gemeinderäten, "in diesem Forum die Probleme des Wiener Wohnungswesens nur andeuten, nicht erläutern zu müssen und glaube doch dargelegt zu haben, wie notwendig es ist, wieder zu einer gesetzlichen Regelung in irgendeiner Form zu kommen, zu einer gesetzlichen Regelung nicht des Dirigierens wegen, sondern im Interesse der um ein Obdach bangenden, ein Obdach suchenden Familie."

Die Magistratsabteilung 52, die zweite Abteilung der Geschäftsgruppe IX, gliedert sich in vier Gruppen, und zwar in die Gruppe Wohnhäuser, die Gruppe Herbergen für Obdachlose, die Gruppe Amtshäuser und die Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Mehr als 45.000 Gemeindewohnungen haben ein Bad

Der Wohnhäuserverwaltung obliegt die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser und Mietrechtssiedlungen. Die Gesamtzahl der von dieser Gruppe mit Ende November 1961 verwalteten städtischen Mietobjekte beträgt 143.961. Diese teilen sich auf in 137.066 Wohnungen und 6.895 Geschäftsräume.

Seit 1. Jänner 1961 bis Ende November 1961 ergibt sich somit ein Gesamtzugang von 3.288 Wohnungen und 256 Geschäftsräumen.

Die Ausstattung der städtischen Neubauwohnungen mit Gasdurchlauferhitzern, mit Brause- oder Badezimmereinrichtungen wurde auch im Jahre 1961 fortgesetzt, so daß mit Ende November 1961 insgesamt 45.131 Wohnungen in städtischen Wohnbauten mit einem komplett eingerichteten Bad ausgestattet sind.

Hievon haben 7.400 dieser Wohnungen verflieste Badezimmer mit Einbauwannen. Es sind also rund ein Drittel der städtischen Wohnungen mit einer von Haus aus installierten Brausenische oder einem Badezimmer ausgestattet.

Eine wesentliche Bedeutung kommt nun immer mehr dem Einbau von Aufzügen zu. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1945 in den städtischen Wohnhäusern nur insgesamt 13 Aufzüge vorhanden waren, die sich größtenteils in städtischen Althäusern des ersten Bezirkes befanden, und wenn man dann weiß, daß derzeit, bis November 1961, 553 Aufzüge in unseren städtischen Wohnhäusern in Betrieb sind, muß man schon feststellen, daß auch auf diesem Gebiet einiges geleistet wurde.

Dieser Einbau von Aufzügen schafft die Voraussetzung, daß die Menschen in solchen Häusern nicht mehr gezwungen sind, ihre in höheren Geschoßen gelegenen schönen Wohnungen gegen tiefer gelegene zu tauschen, wenn sie, durch Alter oder Krankheit bedingt, nicht mehr in der Lage sind, Stiegen zu steigen.

Im Budgetjahr 1962 ist daher für den nachträglichen Einbau von Aufzügen in schon bestehenden städtischen Wohnhäusern wieder ein Betrag von 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Auch die Zahl der mit Zentralheizung versehenen Wohnhausanlagen hat sich auf 10 erhöht. Dies bedeutet, daß rund 900 Mietern die Annehmlichkeit einer zentralbeheizten Wohnung zugute kommt.

Fast 3.000 maschinelle Kleinwaschküchen

Mit Ende November 1961 stehen den Mietern der städtischen Wohnhäuser insgesamt 2.967 maschinelle Kleinwaschküchen und zwar 832 mit kohlenbeheizten, 2.131 mit gasbeheizten und 4 mit elektrisch beheizten Einrichtungen zur Verfügung.

1962 sollen wieder 156 Waschküchen durch die Aufstellung vollautomatischer, gasbeheizter Waschmaschinen modernisiert werden.

Bemerkt muß noch werden, daß die Benützung der in den älteren städtischen Wohnhausanlagen nachträglich maschinell ausgestatteten Waschküchen noch immer zu wünschen übrig läßt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die älteren Frauen auf das maschinelle Waschen zum Teil noch nicht umstellen konnten.

Was die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser und ihres Inventars betrifft, muß leider festgestellt werden, daß die Obsorge, welche die Mieter dem Mietgegenstande, den Wohnobjekten und Wegen, Kinderspielplätzen und Grünanlagen sowie den maschinellen Waschküchen und Aufzügen zu geben verpflichtet wären, noch immer zu wünschen übrig läßt, so daß sich deshalb auch größere Aufwände für die Erhaltung ergeben.

Die Anzahl der Meldungen über Gebrechen an elektromechanischen Einrichtungen ist im Ansteigen, was vor allem auf neu hinzukommende Einrichtungen, im wesentlichen aber auf nicht sehr schonungsvolle Behandlung dieser Einrichtungen durch einen Teil der Benutzer zurückzuführen ist.

Im kommenden Jahr wird wiederum eine große Zahl von Wohnhäusern instandgesetzt werden. Auch die Erneuerung elektrischer Ring- und Steigleitungen, die im Jahre 1961 in 29 Wohnhausanlagen mit 233 Stiegenhäusern durchgeführt wurde, wird fortgesetzt.

Im Sanierungsviertel Singerstraße-Blutgasse wird die Magistratsabteilung 27 jene baulichen Arbeiten durchführen, für welche die Stadt Wien die Tragung der Kosten übernommen hat, das sind die Instandsetzung der Fassaden und der Dächer der Sanierungsobjekte.

3.250 Hausbesorgerinnen

Die derzeit in Verwaltung der Magistratsabteilung 52 befindlichen 143.961 Mietobjekte werden von rund 3.250 Hausbesorgerinnen betreut.

Seit der am 1. April 1957 wirksam gewordenen Novelle zur Hausbesorgerordnung ist der Hausbesorger zur Anwesenheit im Hause nur insoweit verpflichtet, als dies die ordentliche Besorgung der ihm nach Paragraph 3, Absatz 1 und 2 der Hausbesorgerordnung übertragenen Obliegenheiten betrifft. Die hierdurch verfügte weitgehende Aufhebung der Anwesenheitspflicht des Hausbesorgers führte vielfach zu empfindlichen Verzögerungen bei Gebrechensbehebungen in maschinellen Waschküchen, bei Aufzügen sowie bei anderen, handwerklichen Arbeiten.

Auch die aufgelockerte Bauweise der städtischen Wohnhausanlagen, die die Wohnhäuser mit Grünflächen umgibt, dadurch aber auch mehr Verkehrsflächen schafft, stellt die Hausverwaltung vor das nicht zu unterschätzende Problem der Betreuung dieser nicht im öffentlichen Gut liegenden Wege, Straßen und Plätze bei Schneefall und Glatteis. Es müssen daher die einzelnen Hausbesorgersprengel so geschaffen werden, daß die Hausbesorgerin auch physisch in der Lage ist, die Betreuung der in ihrem Sprengel befindlichen Wege und Straßen bei Schneefall und Glatteis ordnungsgemäß durchzuführen.

Dies bedeutet wiederum, daß oft, um nicht in einem Hausbesorgersprengel ein zu großes Ausmaß an zu reinigenden Weg- und Straßenflächen zu erreichen, kleinere Hausbesorgersprengel geschaffen werden müssen.

Da jedoch ein kleiner Hausbesorgersprengel auch eine kleinere Einnahme mit sich bringt, ist er für jene Bewerber, die diesen Posten tatsächlich wegen der finanziellen Einnahme und nicht nur wegen der Wohnung nehmen, nicht mehr sehr erstrebenswert.

Personen, die sich daher um solche Posten bewerben, sind sehr oft keine besonders guten Hausbesorgerinnen, sondern benützen diesen Dienstposten nur als Sprungbrett, um nach kurzer Zeit Mieter einer Gemeindewohnung zu werden.

Die Herbergen für Obdachlose:

In der Zeit vom 1. Jänner bis Ende November 1961 wurde das in Wien 12., Kastanienallee untergebrachte Dauerheim, das bei Beginn des Jahres einen Stand von 102 Pfléglingen der geschlossenen Fürsorge aufwies, auf 25 Pfléglinge reduziert.

Die Verköstigung der Dauerheimpfléglinge wird nach der im Feber 1961 erfolgten Einstellung des eigenen Küchenbetriebes durch die Küche des Franz Josef-Spitals besorgt.

Das seit Dezember 1960 geräumte Familienheim Mauerbach wurde am 31. Oktober 1961 der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, die als Treuhandstelle für den Katholischen Religionsfond fungiert, übergeben.

Die Anzahl der in der Zeit vom 1. Jänner bis November 1961 stattgefundenen Nüchtigungen in den Heimen 3., Gänsbachergasse, 10., Arsenalstraße, 12., Kastanienallee und 20., Meldemannstraße zeigt gegenüber den im gleichen Zeitraum im Jahre 1960 erfolgten Nüchtigungen eine ziemlich gleichbleibende Tendenz.

Für das Jahr 1962 wurden im Budget unter anderem für die Sanierung der sanitären Anlagen im Heim Meldemannstraße, die schon im Jahre 1961 begonnen wurde, weitere Budgetmittel vorgesehen. Außerdem wird das gesamte Dach überholt und die Erneuerung der Heizanlage fortgesetzt.

Im Heim Kastanienallee wird die gesamte Einfriedungsmauer instandgesetzt. Außerdem werden 2 Waschmaschinen und 2 Zentrifugen für die Heime Kastanienallee und Gänsbachergasse angeschafft.

Zu wenig Baurechtsgründe

Verschiedene Arten der Förderung des Wohnungsbaues haben eine Intensivierung der Bautätigkeit in Wien ermöglicht, aber auch den Mangel an vorhandenen Baurechtsgründen aufgezeigt.

Die Stadt Wien hat bei Erstellung des Wohnbauprogrammes große Schwierigkeiten, die erforderlichen Grundflächen bereitzustellen, dadurch können nicht alle von Genossenschaften und Einzelpersonen herangetragenen Wünsche nach Baurechtsgründen erfüllt werden.

Am 31. Dezember 1960 waren 5,288.047 Quadratmeter Bauland für Baurechtszwecke vergeben. Bis Ende November 1961 wurden zugunsten gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und zugunsten von Einzelbaurechtssiedlern an insgesamt 169.892 Quadratmetern städtischen Grundes Baurechte bestellt, so daß derzeit 5,457.939 Quadratmeter durch Baurechtsnehmer genutzt sind.

Durch Umwandlung von bestehenden Baurechten in den Anlagen "Wolfersberg" und "Wasserturm" in Siedlereigentum wurden im Jahre 1961 2.240 Quadratmeter städtischen Grundes durch Kaufverträge ins Eigentum der Siedler übertragen.

Damit sind seit Beginn dieser Aktion von rund 950 Baurechtssiedlungen 640 Siedlungen von der Stadt Wien an die Siedler verkauft worden.

6,4 Millionen Quadratmeter Kleingärten

Am 31. Dezember 1960 standen 6,4 Millionen Quadratmeter Kleingartenland (verpachtet an den Zentralverband als Generalpächter und an einzelne Vereine und Einzelpächter) in Verwaltung der Magistratsabteilung 52.

Trotz der zur Durchführung des städtischen Wohnbauprogrammes notwendigen Freimachung von 39.353 Quadratmeter Kleingartenland vermehrte sich der Gesamtstand des kleingartenmäßig verpachteten Gemeindebesitzes um 48.118 Quadratmeter, da die Stadt Wien im Laufe des Jahres 1961 87.469 Quadratmeter Grund zur kleingartenmäßigen Nutzung in die Verwaltung der Magistratsabteilung 52 übergab.

Von den am 31. Dezember 1960 in Vormerkung geführten 841.200 Quadratmeter erntelandmäßig genutzten Grundes (und zwar 734.300 Quadratmeter städtischer Grund und 106.900 Quadratmeter Privatgrund) wurden durch Widerruf im Jahre 1961 für öffentliche Zwecke (Wohnbauprogramm, Straßenbau, Transaktionen, Baurechte und andere) 93.200 Quadratmeter freigemacht, so daß Ende November 1961 noch 748.000 Quadratmeter Ernteland in Vormerkung stehen (davon 643.000 Quadratmeter mit 2.900 Losen städtischer Grund und 105.000 Quadratmeter mit 220 Losen Privatgrund).

Dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurde zwecks Darlehensgewährung an Kleingartenvereine für Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling eingeräumt.

Durch einen dem Österreichischen Siedlerverbände eingeräumten Rahmenkredit von 600.000 Schilling, der durch einen außerordentlichen Zuschuß auf 900.000 Schilling erhöht wurde, konnten bedürftigen Siedlern Fertigstellungskredite und Siedlervereinen für Neuanschaffung, Instandhaltung und Erhaltungsarbeiten an Gemeinschaftsanlagen Darlehen gegen einen mäßigen Zinsfuß gewährt werden. Für das Jahr 1962 ist wieder ein Rahmenkredit von 600.000 Schilling vorgesehen, da besonders die Gewährung von Fertigstellungsdarlehen an Einzelsiedler sich seit Jahren günstig auswirkt.

Stadtrat Glaserer dankte abschließend allen Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IX für das loyale Zusammenarbeiten, aber auch allen seinen Mitarbeitern, die sich das ganze Jahr hindurch bemühten, ihr Bestes zu geben, im Interesse derer, die sich in ihrer Not an die Stadtverwaltung gewandt haben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Den Bericht über die Debatte zur Geschäftsgruppe IX bringen wir im Anschluß an das Referat von Stadtrat Bauer.

Fortsetzung der Budgetberatungen:

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

19. Dezember (RK) Als zweite Geschäftsgruppe wurde heute die Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, behandelt. Der Referent Stadtrat Bauer (ÖVP) führte aus:

Die Gesamtausgaben der Verwaltungsgruppe X betragen 158,177.300 Schilling, die Gesamteinnahmen aber nur 87,389.100 Schilling.

Gegenüber den Voranschlagsansätzen 1961 erhöhten sich die Ausgaben um 9,883.400 S, die Einnahmen um 8,385.300 S. Die Mindereinnahmen werden daher voraussichtlich insgesamt 70,788.200 S betragen. Der relativ hohe Abgang ist damit zu erklären, daß besonders Marktamt und Veterinäramt Hoheitsaufgaben zu erfüllen haben, für die keine Einnahmen vorgesehen sind.

Das Beschaffungsamt

Was die Magistratsabteilung 54, das Beschaffungsamt, betrifft, so wurden für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohstoffen und Halbfabrikaten in der durchlaufenden Rechnung wieder zwölf Millionen im Voranschlag aufgenommen. Wenn keine Warenverknappungen und Lieferfristverlängerungen entstehen, was durchaus anzunehmen ist, kann mit diesem Betrag das Auslangen gefunden werden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1961 wurden für die städtischen Verbrauchsstellen um 144,190.700 S Waren beschafft bzw. abgegeben. Welch eine Unsumme von Arbeit dahinter steckt, um all die Bedürfnisse,

./.

die eine Stadtverwaltung wie Wien hat, zu erfüllen, mag nur der Ermessen, der täglich mit der Beschaffung der verschiedensten Waren betraut ist.

In der Magistratsabteilung 54 sind sieben Warengruppen mit der Beschaffung betraut. 17,279.815 S wurden für Lebensmittelankäufe, 26,533.033 S für Textilienankäufe und Lohnarbeit, 16,901.878 S für Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren, Bereifung, Transporte, 14,733.530 S für Papier- und Kanzleimaterial, Bücher, Zeitschriften, Büromaschinen, Druckaufträge, 40,409.030 S für Brennstoffe, 18,865.430 S für Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände und 9,468.000 S für Schulbedarf ausgegeben.

In diesen Zahlen wurden nicht die von den Anstalten selbst angekauften leicht verderblichen Lebensmittel wie Frischfleisch, Obst, Gemüse, Milch und Molkereiprodukte aufgenommen. Es ist jedoch begreiflich, daß das Wiener Marktamt angewiesen ist, laufend Proben der von den Anstalten selbstgekauften Lebensmittel abzunehmen und zu untersuchen. Bei allen übrigen vom Beschaffungsamt gekauften Lebens- und Genußmitteln wird das Marktamt zur fachlichen Beratung zugezogen.

Es ist nur zu selbstverständlich, daß im Beschaffungsamt die Preisschwankungen genau verfolgt und aufgezeichnet werden. So wird von dieser Dienststelle gemeldet, daß die Preise der Lebensmittel im allgemeinen stabil geblieben sind. Lediglich bei Mahlprodukten und Backwaren trat zufolge Lohnerhöhungen eine Preissteigerung um zehn Prozent ein. Preiserhöhungen gab es auch bei Speiseölen, hingegen konnten bei Reis, Süd- und Hülsenfrüchten Preisermäßigungen festgestellt werden. Infolge von Lohnerhöhungen in der Leder- und Schuherzeugungsbranche waren Preiserhöhungen bis maximal 20 Prozent zu verzeichnen. Auch die Konfektionspreise wurden aus dem gleichen Grunde um sechs Prozent erhöht. Die Preise für Schafwolle und Leinen blieben gegenüber 1960 stabil. Bei Baumwolle trat eine Preiserhöhung um durchschnittlich sechs Prozent ein. Das Dauern der Hochkonjunktur auf dem Baumwollsektor hat lange Lieferfristen zur Folge. Vielfach werden auch vereinbarte Liefertermine überschritten. Aufträge sind nicht immer leicht unterzubringen. So haben zum Beispiel bei einer Ausschreibung von 26 eingeladenen Firmen nur drei Angebote gelegt. Nicht unerwähnt soll

bei dieser Gelegenheit bleiben, daß sich auch hinsichtlich der Oberbekleidung Stoffe aus Chemiefaser in den Vordergrund schieben. Terylenestoffe werden neben Stoffen aus Polyesterfaser immer mehr verlangt.

Infolge von Lohnerhöhungen beim Reinigungsgewerbe erhöhten sich die Preise für Fensterputzen und Fußbodenpflege um 13 und 18 Prozent. Bei Transportleistungen gab es Preissteigerungen bis 20 Prozent. Die Aufwertung der D-Mark brachte ein Steigen der Preise für Werkzeuge und Maschinen, die als Spezialartikel eingeführt werden mußten.

Die Preise bei pharmazeutischen Artikeln und Verbandstoffen sowie technischen Ölen und Fetten, Bodenpflegemitteln, Fein- und Rasierseifen erfuhren keine nennenswerten Änderungen, dagegen konnten Porzellanwaren billiger eingekauft werden.

Sehr interessant haben sich die Verhältnisse am Brennstoffsektor entwickelt. Während bei polnischer Kohle eine Preisermäßigung von zwei Prozent eintrat, war beim **Gaskoks** eine Preisermäßigung von acht Prozent festzustellen. Der Brennholzpreis blieb unverändert. Hingegen verteuert sich Inlandkohle um vier Prozent, Braunkohlenbriketts um fünf Prozent, Heizöl und Unterzünder um je sieben Prozent. Trotz dieser eindeutigen Entwicklung auf dem Brennstoffsektor in Bezug auf die Preisermäßigung ausländischer Kohle hat sich die Gemeinde Wien ihrer Verpflichtung gegenüber dem heimischen Bergbau und besonders der österreichischen Bergarbeiter nicht entzogen. Das Beschaffungsamt hat in der Zeit vom 1. Jänner 1961 bis 31. Oktober 1961 13.750 Tonnen Inlandkohle gekauft, jedoch nur 6.085 Tonnen Auslandkohle bezogen. Für das Jahr 1962 sind in Aussicht genommen 20.000 Tonnen Inlandkohle zu bestellen, jedoch nur 7.000 Tonnen Auslandkohle. Sie werden mit Recht fragen, warum denn bei der angespannten Lage im österreichischen Kohlenbergbau nicht ausschließlich österreichische Kohle bezogen wird? Leider gibt es noch Brennstellen, die nach Ansicht der zuständigen Fachabteilungen nur mit ausländischer Kohle zu beschicken sind. An den Umbau dieser Feuerstellen, soweit es überhaupt möglich ist, wird gearbeitet.

Im vergangenen Jahr mußte auch in der städtischen Bäckerei die in Aussicht genommene Rationalisierung weitergeführt werden.

Die im Jahre 1960 angeschaffte Brotaufbereitungsanlage wurde am Anfang des Jahres aufgestellt und in Betrieb genommen. Die Rationalisierungsmaßnahmen ermöglichen nunmehr insbesondere zum Wochenende eine reibungslose Versorgung der städtischen Anstalten. Zu diesen Maßnahmen hat uns nicht zuletzt der Facharbeitermangel gezwungen, aber auch der oftmals geäußerte Wunsch der Anstalten, ihnen bei Herstellung verschiedener Mehlspeisen helfend beizuspringen. Leiden doch auch die Anstalten an einem chronischen Mangel an Küchenarbeitskräften. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober wurden in der städtischen Bäckerei 1.115.363 Kilogramm Brote, 252.152 Kilogramm Gebäck und 69.514 Kilogramm Mehlspeisen erzeugt.

Das Liegenschaftsamt

Über Arbeitsmangel hatte im heurigen Jahr auch das Liegenschaftsamt nicht zu klagen. Die Verwaltungstätigkeit dieser Magistratsabteilung erstreckt sich auf alle städtischen Liegenschaften in Wien und außerhalb Wiens, soweit sie unverbaut sind und nicht in Verwaltung anderer Magistratsabteilungen stehen.

Der städtische Liegenschaftsbesitz umfaßte am 31. Dezember 1960: Alleinbesitz in Wien 1.747.441.93 Ar, außerhalb Wiens 2.079.636.95 Ar.

Mitbesitz in Wien 66.695.06 Ar, außerhalb Wiens 4.482 Ar. Dazu kommt noch die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung mit 4.93 Ar.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 15. November 1961 hat sich der Grundbesitz der Stadt Wien in Wien durch Kauf um 1.755.354.32 Quadratmeter, durch Tausch um 75.351.34 Quadratmeter und durch Umwandlung von Mitbesitz in Alleinbesitz um 32.731.48 Quadratmeter, also insgesamt um 1.863.437.14 Quadratmeter vermehrt.

Außerhalb Wiens wurden durch Kauf und Tausch 117.425 Quadratmeter erworben. Dazu kommen noch 136.445.54 Quadratmeter, die angekauft wurden, bei denen die Gemeinde Wien im Mitbesitz war.

Vermindert hat sich der Grundbesitz der Stadt Wien durch Verkauf um 143.581.94 Quadratmeter, durch Tausch um 103.693.29 Quadratmeter, durch Übertragung in das Sondervermögen der Wiener Stadtwerke, Elektrizitätswerke um 27.892.50 Quadratmeter und der städtischen Bestattung um 1.460 Quadratmeter, insgesamt um 276.627.73 Quadratmeter. Darüber hinaus wurden noch 33.642.48 Quadratmeter verkauft, wobei die Gemeinde Wien nur Mitbesitzrecht hatte. ./.

Die im Vorjahr begonnenen Umbauten in der Meierei Cobenzl wurden im heurigen Jahre fortgesetzt und werden im Jahre 1962 beendet.

In diesem Jahre wurde mit der Generalinstandsetzung bzw. dem Umbau des Kursalons begonnen. Eine eingehende Überprüfung ergab die Notwendigkeit sowohl der inneren als auch der äußeren Neugestaltung. Auf Grund der vorliegenden Baupläne kann gesagt werden, daß sich auch der neue Kursalon in das Stadtbild, insbesondere in die Umgebung des Stadtparkes, zur Zufriedenheit der Bevölkerung einfügen wird. Die innere Ausgestaltung wird in einer dem internationalen Charakter des Kursalons entsprechenden Form erfolgen. Da die Instandsetzungs- bzw. Umbauarbeiten im ganzen Gebäude durchgeführt werden, mußte der Kursalon Mitte September zur Gänze gesperrt werden. Diese in das Jahr 1962 reichende Sperre wird einen bedeutenden Ausfall an Pachtzinseinnahmen zur Folge haben. Allerdings wurde ab Wiedereröffnung ein höherer Umsatzpachtzins als bisher vereinbart.

Hinsichtlich des in der Verwaltung der Magistratsabteilung 57 stehenden Schlosses Cobenzl wurde eine Überprüfung des Bauzustandes veranlaßt. Diese hat ergeben, daß die tragenden Mauern für einen Umbau noch verwendbar sind. Eine endgültige Entscheidung über die künftige Verwendung des Schlosses ist jedoch noch nicht getroffen worden.

Die Arbeiten an dem im Bau befindlichen neuen Ausflugsrestaurant "Bellevue" wurden fortgesetzt. Für die Bereitstellung der Einrichtung, soweit sie von der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen ist, insbesondere hinsichtlich der Kücheneinrichtung, wurde entsprechend Vorsorge getroffen.

725 Motorboote in Wien

Die Magistratsabteilung 58, rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens hat auch in diesem Jahr eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. 2197 Geschäftsstücke mußten behandelt werden.

Die Bestimmungen über den Mutterschutz für land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmerinnen wurden in Angleichung

an das allgemeine Mutterschutzgesetz neuerlich verbessert. Durch diese Landarbeitsordnungsnovelle 1961 wurde die gesetzliche Voraussetzung geschaffen, daß auch die Dienstnehmerinnen in der Land- und Forstwirtschaft im Anschluß an die Schutzfrist nach ihrer Entbindung einen Karenzurlaub bis zum Höchstausmaß von einem Jahr in Anspruch nehmen können.

Es konnte bis Ende Oktober 1961 von den rund 3.000 in Wien vorhandenen und der Arbeitsaufsicht der Land- und Forstwirtschaftsinspektion unterstellten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 593 Betriebe im Zuge von 618 Kontrollbesuchen überprüft werden. Zum Zeitpunkt der einzelnen Betriebskontrollen waren in den besuchten Betrieben 1.246 familieneigene und 485 familienfremde Arbeitskräfte **ständig** sowie 90 familieneigene und 98 familienfremde **Arbeitskräfte als Saisonarbeiter** beschäftigt.

Bei Durchführung der Betriebskontrollen wurde wie schon bisher im besonderen auf die Belange der Unfallverhütung Bedacht genommen und hiebei 210 Gefahrenstellen an Betriebsanlagen und Betriebsmitteln vorgefunden.

Insgesamt hatten im Berichtszeitraum 725 Motorboote ihren Standort in Wien, davon stehen 625 im Besitz von Privatpersonen und 100 in Verwendung des öffentlichen Dienstes Feuerwehr, Polizei, Bundesstrombauamt und so weiter.

Das Marktamt

Einschließlich der Zentralstelle umfaßt das Marktamt 23 Dienststellen, die zusammen 39 Märkte verwalten.

Rund 166.000 m² unverbauete Grundflächen liegen im Verwaltungsbereich der Magistratsabteilung 59.

Im Jahre 1960 wurden im Wochendurchschnitt auf dem Zentralviehmarkt 1.187 Stück Rinder, 38 Stück Kälber, 7.843 Stück Schweine und 371 Pferde aufgetrieben. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, wurden 669.100 Kilogramm Fleisch angeliefert.

Auf den Obst- und Gemüsegroßmärkten erfolgte ein Anbot bzw. Verkauf von 1.151.900 Kilogramm Obst, 1.488.400 Kilogramm Gemüse, 454.500 Kilogramm Südfrüchte, 879.300 Kilogramm Kartoffeln, 165.900 Kilogramm Zwiebeln und auf dem Zentralfischmarkt wurden 14.200 Kilogramm Süßwasserfische, 96.200 Kilogramm Seefische und 53.400 Kilogramm Industriefische abgesetzt.

Gegenüber 1961 wird im Haushaltsplan für das Jahr 1962 eine Steigerung der Einnahmen um rund 1,216.000 Schilling erwartet.

Die Ausgaben im Jahre 1962 erfahren gegenüber 1961 eine Erhöhung um rund 4,600.000 Schilling. Sie bleiben damit hinter der Steigerung des Jahres 1961 um rund 3,700.000 Schilling zurück. Beinahe die Hälfte der Erhöhung, nämlich 2,235.400 Schilling entfällt hierbei auf den Etat für Personalausgaben. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß der Betriebsabgang, der im Jahre 1960 bereits 18.2 Millionen Schilling betragen hat, 1961 auf rund 21.7 Millionen Schilling gestiegen ist und im Voranschlag für das Jahr 1962 rund 25 Millionen Schilling erreicht.

Erwähnenswerte Vorhaben für das Jahr 1962 sind: die Vollendung der Verlegung des Vorgartenmarktes im 2. Wiener Gemeindebezirk nach der Wohlmutstraße - Ennsgasse, die durch die Errichtung einer Wohnhausanlage auf den Gründen des Reservegartens notwendig geworden ist, und der Umbau bzw. die räumliche Anpassung des Hannovermarktes in der Brigittenau an die in unmittelbarer Nähe ihrer Vollendung entgegengehende Wohnhausanlage. Mit der Verlegung des Vorgartenmarktes ist nicht nur eine Umgestaltung nach modernen Gesichtspunkten, die weitgehend Schutz gegen Staub, Regen, Schnee und Temperaturextreme bieten soll, verbunden, sondern es ist auch eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung des Marktes mit Rücksicht auf den zu gewärtigenden Bevölkerungszuwachs und Käuferzustrom zu erwarten.

Ferner ist der Ausbau des Kanalsystems auf dem Meiselmarkt im 15. Bezirk vorgesehen, der 1961 begonnen wurde und im Jahre 1962 vollendet werden wird. Die Entwässerung der Verkehrswege auf diesem Markt erfolgte bisher in der Weise, daß das Wasser auf den leicht geneigten Flächen nach Tauwetter und Regenfällen zum größten Teil oberflächlich über die Verkehrswege zu den Straßenwassereinläufen und nur zum geringsten Teil in die wenigen vorhandenen Kanaleinmündungen am Markt selbst abfließen konnte. Glatteisbildung im Winter und Lagerung von Schmutz und Unrat nach Regenfällen entlang der Marktstände und unter denselben ist die Folge. Durch den Ausbau der Kanäle sollen diese Folgen weitgehend ausgeschaltet werden.

Ein weiterer Umstand, der die Aufwendung nicht unerheblicher Mittel erfordert, ist die Instandhaltung der Verkehrsflächen der Märkte. Die unvermindert anhaltende, ja stetig steigende Heranbringung von Ware mittels Lastkraftwagen sowohl nach den Fleischversorgungszentren als auch nach den Konzentrationspunkten von Obst und Gemüse, seien es nun der Zentralviehmarkt als Umschlagplatz für Lebewiehe, die Großmarkthalle für Fleisch und Fleischwaren, der Naschmarkt als bedeutendster Umschlagplatz für Obst und Gemüse oder die über den ganzen Stadtbereich verteilten Märkte in den Bezirken, zwingen hiezu, damit die vorhandenen Anlagen den an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen können.

Neben der Polnischen Halle, der Brückenhalle und der Baulose VI und VII der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, die dringendst der Instandsetzung bedürfen, ist es die Verkehrsfläche des Obstgroßmarktes des Naschmarktes, und des Zentralfischmarktes, deren Erneuerung notwendig geworden ist. Auf gleicher Ebene liegen die Instandsetzung der Tore, die Errichtung eines Waschplatzes und die Verlegung der Wasserleitung in der Radetzkyhalle.

Auf dem Zentralviehmarkt erfordern der bereits im laufenden Jahr begonnene Ersatz der erneuerungsbedürftigen Wände und Türen der Boxen der Schweineverkaufshalle, die Fertigstellung der Entnebelungsanlage in der Autodesinfektionshalle und die Schaffung einer Arbeitsgrube zur Pflege der auf dem Zentralviehmarkt verwendeten Diesel- und Elektrofahrzeuge, erhebliche Mittel.

Für einige der bestehenden Marktanlagen, die an besonders frequentierten Verkehrsknotenpunkten gelegen sind, wurden vom Stadtplaner Vorschläge ausgearbeitet, um durch entsprechende Marktverlegungen die angespannte Verkehrslage nach Möglichkeit zu entlasten. Das Marktamt ist hierbei stets bestrebt, dafür zu sorgen, daß auf die Markterfordernisse weitgehend Rücksicht genommen wird.

Gegenwärtig stehen folgende Marktprojekte im Vordergrund:

Die Errichtung eines Zentralgroßmarktes, die Verlegung des Vorgartenmarktes im 2. Bezirk - Anlaß hierzu bot die Auflassung des Reservegartens und die Errichtung neuer Wohnblocks auf diesem Areal - und die räumliche und bauliche Anpassung des Hannovermarktes im 20. Bezirk an die an seinem Rande der Vollendung entgegengehende neue Wohnhausanlage.

Zur Errichtung des Wiener Zentralgroßmarktes wurde eine besondere Planungskommission gegründet. Die Durchführung dieses Projektes hängt vornehmlich von einer befriedigenden Lösung der Platzfrage ab, was im Hinblick auf die künftige Entwicklung und die Erfordernisse dieses Marktes sowie für die damit verbundene Kostenfrage von grundlegender Bedeutung ist.

Der Neubau des Vorgartenmarktes im 2. Bezirk auf dem hierfür vorgesehenen Gelände des Reservegartens wird nunmehr nach Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel in Angriff genommen. Es steht zu hoffen, daß der Markt, der allerdings von der belebten Vorgartenstraße in stillere Seitengassen verlegt wird, im Hinblick auf die durch den Neubau sich ergebenden Verbesserungen in markttechnischer Hinsicht auf dem neuen Platz in seinem Zuspruch keine Einbuße erleiden und seinen Zweck voll erfüllen wird.

Beim Hannovermarkt im 20. Bezirk ist als erste Baustufe der Teilumbau des östlichen Teiles des Marktes, der an einen der neu erbauten Wohnhäuser bis auf 1.50 Meter heranreicht, vorgesehen. Mit der Durchführung dieses Bauvorhabens kann in nächster Zeit gerechnet werden.

Der als zweite Baustufe vorgesehene Gesamtumbau des größeren restlichen Marktteiles zwecks Anpassung der veralteten Marktanlage an die entstehenden modernen Wohnblocks bildet nun den Gegenstand eingehender Besprechungen.

Die Erteilung der Bewilligung zur Aufstellung transportabler Straßenstände mit Ausnahme der sogenannten Zeitungsstände, die sich mit dem Vertrieb periodischer Druckschriften befassen, obliegt dem Marktamt. Vor Erteilung einer derartigen Bewilligung wird jedoch in allen Fällen das Einvernehmen mit den beteiligten Dienststellen, wie Bezirksvorsteher, Verkehrsbehörden, Magistratsabteilungen 19, 42, 46, 57 und Verkehrsbetriebe gepflogen. Da eine Bewilligung nur nach Zustimmung aller Beteiligten erteilt wird, ist dafür gesorgt, daß die Verkehrssicherheit, die Stadtbildpflege und alle sonstigen einschlägigen öffentlichen Interessen gewahrt bleiben.

Infolge des ständig zunehmenden Straßenverkehrs vermindert sich die Zahl der in Wien bestehenden Straßenstände von Jahr zu Jahr. Auch Neuansuchen um Bewilligung zur Aufstellung von transportablen

Straßenständen müssen von den Verkehrsbehörden fast ausnahmslos abschlägig begutachtet werden, da in den Ansuchen zumeist Standorte mit lebhaftem Passanten- und Straßenverkehr bevorzugt werden.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht. Zu diesem Zwecke werden umfassende Wochenberichte über das Marktgeschehen sowie über die Preislage der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel verfaßt, die nach wie vor von amtlichen und anderen interessierten Stellen für Informationszwecke herangezogen werden. Weiter gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht, der Händlerlerschaft Aufschluß über die Angebots- und Preislage sowie über die Absatzverhältnisse. Sie stellt auch für die Verbraucher einen wertvollen Beratungsbehelf bei ihren Einkäufen dar. Weiter sei darauf hingewiesen, daß täglich im Rundfunk die auf dem Naschmarkt geltenden Verbraucherpreise der wichtigsten Gemüsesorten verlautbart werden.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei den hiefür zuständigen Bundesministerien rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen, sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen. Ihre Ein- und Ausfuhr ist oftmals von ausschlaggebender Bedeutung für die Preisgestaltung solcher Waren im Inlande.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktamtes sind 19.200 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.700 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahre wurden hiebei 37.000 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes abgenommen und zum Teil im eigenen Wirkungsbereich einer Begutachtung unterzogen, zum Teil der Untersuchung und Begutachtung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zugeführt. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Übervorteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Klein- händler weitgehend vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahr die Qualität und Güte von Brot- und Wurstwaren ständig überprüft. Hierdurch konnte auf dem Wiener Platz eine befriedigende Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht und dadurch in erster Linie der berechtigten Verbrauchererwartung entsprochen werden.

Ferner ist auf die Pilzkontrolle hinzuweisen. Nicht nur die durch den regulären Handel auf den Markt gebrachten Schwämme wurden der amtlichen Beschau unterzogen; darüber hinaus haben die Pilzsammler, die ihre selbstgepflückten Schwämme richtigerweise einer amtlichen Beurteilung unterziehen lassen sollten, die Tätigkeit des Marktamtes in Anspruch genommen. Die im Rahmen der ständigen Ausstellung des Marktamtes zur Schau gestellten Pilzmodelle und die dortselbst durchgeführten Führungen und Ergänzungsvorträge geben interessierten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit, ihre Kenntnisse auf dem "Schwammerl-Sektor" zu erweitern.

Die vom Marktamt in den letzten Jahren sehr erfolgreich durchgeführte Weinkontrolle wurde auch im Berichtsjahr auf breiter Basis fortgesetzt. Dieser Sektor der Lebensmittelkontrolle erfordert nach wie vor eine ganz besondere Aufmerksamkeit und Kontrolltätigkeit.

Was den lebensmittelpolizeilichen Sektor betrifft, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß trotz dem Bestreben der Aufsichtsorgane, nicht nur Anzeiger, sondern auch Berater zu sein, im vergangenen Jahr immerhin 659 Anzeigen an Gerichte und Verwaltungsbehörden erstattet werden mußten.

Das Veterinäramt

Im Veterinäramt sind derzeit 308 Bedienstete beschäftigt, und zwar 72 Tierärzte und vier Aushilfstierärzte, 20 Beamte, sieben Schlachthofmeister, 47 Schlachthofaufseher, 45 Desinfektionsgehilfen, 84 Schlachthofgehilfen, 17 Reinigungsarbeiterinnen, teils halbtagsbeschäftigt, und 16 Trichinenschauerinnen, die stundenweise entlohnt werden.

Diese sind in den drei Schlachthöfen, in der Veterinärabteilung Zentralviehmarkt, der Veterinärabteilung Großmarkthalle und in den 18 Veterinärabteilungen der Bezirke beschäftigt und haben da eine Reihe für die Gesundheit der Bevölkerung und gegen die Ausbreitung der Tierseuchen wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Vom Personal dieser Dienststellen wurden 1960 Schlachtier-Lebenduntersuchungen an 90.397 Rindern, 27.883 Pferden, 4.093 Kälbern, 1.981 Schafen, 367 Ziegen und 561.784 Schweinen durchgeführt.

Auf Anmeldung wurden von den nach Wien geschlachtet eingebrachten Rindern, Pferden, Schweinen usw. 48.500.000 Kilogramm Fleisch und zirka 3.500.000 Kilogramm Fett, Würste und dergleichen beschaut. Weiter wurden 124.000 Schweine der Trichinenschau unterzogen.

Da nun die Schlachthofanlagen St. Marx trotz der Überalterung - Rinderschlachthof 110 Jahre, Schweineschlachthof 51 Jahre, Auslandsschlachthof mit Seuchenhof 40 Jahre alt - noch immer die einzigen kommunalen Bereitstellungsbetriebe für die Durchführung der Schlachtungen von Rindern, Kälbern, Schafen, Schweinen und Einhufern in Wien sind, müssen diese bis zur Eröffnung der neuen Fleischversorgungsanlagen - am 3. Juli 1961 hat sich eine Planungskommission zur Errichtung des Wiener Zentralgroßmarktes konstituiert, von der auch über den Neubau der Schlachthöfe und des Viehhofes, auf dem sich das Marktgeschehen abwickeln wird, entschieden werden soll - instandgehalten und soweit verbessert werden, daß die Arbeitsbedingungen jenen in modernen Schlacht- und Viehofanlagen annähernd angepaßt, die hygienischen Anforderungen nach den letzten Erkenntnissen erfüllt und die kostendeckende Verwaltung angestrebt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sind abgesehen von Inventarkosten, Dienstkleiderreinigung und -anschaffung, den verschiedensten Verbrauchsmaterialien, den Wasser-, Gas-, Strom- und Telefonkosten usw., für die Instandhaltung der Gründe und Wege, der Gebäude und technischen Anlagen drei Millionen Schilling und für bauliche Herstellungen vier Millionen Schilling vorgesehen.

Diese sieben Millionen Schilling sind aber weitaus nicht ausreichend, um die tatsächlichen Bedürfnisse zu erfüllen. So

werden bei den Erhaltungsarbeiten wahrscheinlich nur die laufenden kleineren Instandsetzungen und die Behebung plötzlich auftretender Schäden Berücksichtigung finden können, während die meisten größeren Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt werden können.

Lebensmittelpreise stabil

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Preissituation sagen. Sie haben meinem Bericht entnehmen können, daß zwar einige Verteuerungen eingetreten sind, daß jedoch - und das ist für die breiten Schichten unserer Bevölkerung von größter Wichtigkeit - die Preise der Lebensmittel im allgemeinen stabil geblieben, ja daß sogar Verbilligungen eingetreten sind. In diesem Zusammenhang darf ich auch auf den schriftlichen Bericht verweisen, den ich allen Gemeinderäten zugehen ließ und bemerken, daß ich neuerliche schriftliche Informationen über die Preisbewegung auf dem Obst-, Gemüse- und Fleischsektor in absehbarer Zeit übermitteln werde. Die erfreuliche Feststellung in Bezug auf die Stabilität der Lebensmittelpreise muß man den im vergangenen Jahr eingetretenen effektiven Realloohnerhöhungen gegenüberstellen, um zu erkennen, daß sich der Lebensstandard der Wiener Bevölkerung auf einem erfreulich hohen Niveau bewegt. Bei aller möglichen Kritik wird man doch objektiverweise zugeben müssen, daß es uns allen jetzt so gut geht, wie wir das in vergangenen Jahrzehnten niemals zu hoffen gewagt hätten. Unser aller Aufgabe ist es, das Erreichte zu sichern und irgendwelche Experimente zu vermeiden. Der angemessene Wohlstand ist nicht nur ein Erfolg der Arbeit unserer fleißigen österreichischen Bevölkerung, sondern darüber hinaus auch die Frucht der politischen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, die auch in der Bundeshauptstadt seit 1945 besteht.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Straßenbahn-Fahrpreis zu Weihnachten und Neujahr
=====

19. Dezember (RK) Am Montag, dem 25. (Christtag), und Dienstag, den 26. Dezember (Stefanitag), sowie am Montag, dem 1. Jänner (Neujahr), und Samstag, den 6. Jänner (Heilige 3 Könige), gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse-Mödling" bzw. "Karrner Platz-Groß Enzersdorf" sowie die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tage ungültig.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Drei-Schilling-Fahrtschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungstrecken der Autobus-Anschlußlinien der Drei-Schilling-Fahrtschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Montag, dem 1. Jänner 1962 von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Sonntag, dem 24., Montag, dem 25., Dienstag, dem 26. und Sonntag, dem 31. Dezember sowie Samstag, den 6. Jänner bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse Wien 6, Rahlgasse 3, ist an den Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Dienstag, den 9. Jänner, statt.

- - -

Neue Direktoren bei den Verkehrsbetrieben
=====Direktor Dipl.-Ing. Grohs mit Ende des Jahres im Ruhestand

19. Dezember (RK) Der Direktor der Wiener Verkehrsbe-
triebe Dipl.-Ing. Berthold Grohs tritt mit Ende dieses Jahres
in den Ruhestand.

Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen
Personalreferenten Stadtrat Riemer den bisherigen Vizedirektor
der Verkehrsbetriebe Dipl.-Ing. Ernst Görg zum technischen
Direktor und den Obermagistratsrat der Verkehrsbetriebe Dkfm.
Dr. Carl Mauric zum kaufmännischen Direktor ernannt. Der Senats-
rat der Verkehrsbetriebe Dipl.-Ing. Dr.techn. Erich Körper
wurde zum technischen Vizedirektor ernannt.

Die Verabschiedung des Direktors Dipl.-Ing. Grohs und die
Amtseinführung der neuen Direktoren der Wiener Verkehrsbetriebe
durch Bürgermeister Jonas findet am 29. Dezember statt.

- - -

Personalnachricht
=====

19. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personal-
referenten Stadtrat Riemer hat heute der Wiener Stadtsenat Amts-
rat Franz Praxmarer (Verkehrsbetriebe) zum Oberamtsrat ernannt.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

19. Dezember (RK) Donnerstag, den 21. Dezember entfallen
die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschafts-
angelegenheiten, Franz Bauer.

- - -

Rudolf Kraßnigg zum Gedenken
=====

19. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Schriftstellers Rudolf Kraßnigg.

Er wurde in Klagenfurt geboren, wuchs aber in Wien auf und arbeitete seit 1888 als Redakteur der "Österreichischen Volkszeitung", in der die meisten seiner rund 2.000 Geschichten und seine größeren Erzählungen erschienen sind. Seine Spezialität wurde die Lokalschilderung, die ein wichtiger Bestandteil der Wiener Volksliteratur ist. Kraßnigg hat dieses Genre sehr bereichert, da er eine scharfe Beobachtungsgabe sowie satirisches Talent besaß und den Wiener Dialekt ausgezeichnet beherrschte. Viele seiner Skizzen wurden in Auswahlbänden gesammelt und wiederholt aufgelegt. Er gehörte auch zu den Schöpfern der Militärhumoreske und zu den Kaiser Josef-Romanschreibern, die später immer wieder verulkt wurden. Rudolf Kraßnigg ist am 3. März 1909 in Wien gestorben.

- - -

Wiener Eisrevue für die Dauerbefürsorgten
=====

19. Dezember (RK) Die Wiener Eisrevue hat sich auch heuer bereit erklärt, ihre Eröffnungsvorstellung in der Wiener Stadthalle den Dauerbefürsorgten der Stadt Wien zu widmen. Die Sondervorstellung findet Freitag, den 22. Dezember, vor dem Premierenabend statt, und beginnt um 16 Uhr.

- - -

Die längste Brücke Wiens wird gebaut
=====Direkte Verbindung zwischen Gürtel und der Brigittenau

19. Dezember (RK) Nach der grundsätzlichen Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat zur Errichtung einer großen Straßenbrücke als direkte Verbindung zwischen dem Döblinger Gürtel und der Adalbert Stifter-Straße in der Brigittenau wurden die Arbeiten von der Magistratsabteilung 29 öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung war, wie es bei so bedeutenden Projekten von der Stadtverwaltung gehandhabt wird, mit einem Ideenwettbewerb verbunden.

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller berichtete heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates, daß sich sechs Firmen, die zusammen neun Entwürfe lieferten, um diesen interessanten und kostspieligen Auftrag beworben haben. Nach sorgfältiger Prüfung in technischer, wirtschaftlicher und ästhetischer Hinsicht wurde ein von der Firma Allgemeine Bau-gesellschaft A. Porr AG (Entwurf Dipl.-Ing. Dr. Wycital) in Gemeinschaft mit der Stahlbaufirma Waagner-Biro AG angebotenes Projekt ausgewählt. Es hat nicht nur in der Gesamtbeurteilung am besten entsprochen, sondern ist auch das billigste. Immerhin wird dieses Verkehrsbauwerk einschließlich der Auf- und Abfahrtsrampen den enormen Betrag von 90 Millionen Schilling kosten. Die Bauzeit wird mit zwei Jahren angenommen.

Die neue Brücke überquert als Verlängerung des Döblinger Gürtels die Heiligenstädter Straße und die anschließenden Lagerflächen der Franz Josefs-Bahn. Noch vor den Bahngleisen erfolgt die Vereinigung mit der von der Heiligenstädter Straße kommenden Auffahrt. Von dort aus geht die Brücke in ihrer ganzen Breite über die Bahnanlagen, über die Stadtbahnlinie Donaukanal-Heiligenstadt, den Wasserleitungsplatz, die Heiligenstädter Lände, den Donaukanal und schließlich über die Brigittenauer Lände in die Adalbert Stifter-Straße bis zur Klosterneuburger Straße. Diese Strecke ist etwa 1,1 Kilometer lang. Brücksichtigt man aber, daß auch noch vier Auf- und Abfahrtsrampen dazukommen, so werden die Trassen zusammen eine Länge von wahrscheinlich 1,7 Kilometer haben. Die neue Brücke wird also nicht nur eine außergewöhnlich interessante Konstruktion aufweisen, sondern auch die längste Brücke Wiens sein.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Die Debatte über das Wohnungswesen

GR. Hausner (KLS) stellt fest, daß die Ausführungen von Stadtrat Glaserer den zehntausenden Wohnungssuchenden wenig Hoffnung auf eine Wohnung geben. Sicherlich sei die Gemeinde Wien allein nicht instande, das Wohnungsproblem unserer Stadt zu lösen. Man müßte daher immer wieder die Forderung nach Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsgesetzes erheben. Nach den derzeitigen Praktiken der Hausbesitzer würden wenig zahlungskräftige Familien nie zu einer eigenen Wohnung kommen. Heute werden von den Hausbesitzern für eine Zimmer-Küche-Wohnung in einem Altbau 20.000 Schilling und mehr an Ablöse verlangt. Der Mieter müßte dann zusätzlich noch hohe Beträge in die Wohnung investieren. Rechnet man, daß jährlich in Wien 10.000 Wohnungen in Privathäusern frei werden, dann kommt man auf einige hundert Millionen Schilling, die die Hauseigentümer jährlich für Wohnungsablösen ohne Versteuerung kassieren. Auch die Praxis, daß die Mieter für die hohen Reparaturkosten aufkommen müssen, könnte durch die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds vermieden werden. Heute zahlen Mieter oft das Zehn- bis Fünfzehnfache des Mietzinses. Durch diese Reparaturen wurde aber nicht der Komfort ihrer Wohnung verbessert, sondern gestiegen ist lediglich der Wert des Hauses. Welchen Umfang die Reparaturen angenommen haben, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel im 2. Bezirk von den 2.000 Häusern in den letzten zehn Jahren für 1.500 Häuser Reparaturanträge gestellt wurden. Beträchtlich seien auch die Provisionen und sogenannten Spesen, die Hauseigentümer oder Verwalter bei Hausreparaturen verrechnen. Der Kampf der Mieter um Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds müßte die Unterstützung der Arbeiterparteien finden. Auch die Praxis der Hauseigentümer, ihre alten Hausbesorger, die nicht mehr arbeiten können, ganz einfach auf die Straße zu setzen, sei unmenschlich. Es wäre dringend notwendig, ein Räumungsschutzgesetz zu beschließen, das solche Fälle verhindert.

Derzeit gäbe es in Wien rund 30.000 leerstehende Wohnungen und es müßte alles getan werden, um diese Wohnungen gerecht an

die Bedürftigen vergeben zu können. Die beiden Koalitionsparteien müßten in Verhandlungen endlich dazu kommen, alle notwendigen Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen auszuarbeiten, damit der Bevölkerung endlich Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden kann. Bedauerlich sei die Tatsache, daß die Gemeinde Wien den sozialen Wohnungsbau einschränkt und mehr Wohnungen mit teurem Zins baut. Breite Schichten der Bevölkerung haben aber wegen ihres zu geringen Einkommens nicht die Möglichkeit solche teuren Wohnungen anzunehmen.

Die Wohnungsvergebung bringt fast unlösbare Aufgaben mit sich. Er möchte aber doch wiederholen, daß man einen anderen Weg für die Vergebung finden müßte. Die Beamten des Wohnungsamtes werden derzeit von den Interventionen geradezu erdrückt.

Aufgabe einer sozialistischen Gemeindeverwaltung sollte es sein, gerade den Schwachen zu helfen; deshalb dürfte der kommunale Wohnungsbau nicht zugunsten des genossenschaftlichen Wohnungsbaues geschmälert werden.

Abschließend erklärt der Redner, daß die derzeitigen Zustände im Wohnungswesen es seiner Partei nicht erlauben, die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zu geben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) führt aus, das Wohnungsproblem sei bis heute von der in Österreich regierenden Koalition nicht gelöst worden. Jede Kritik betrifft daher auch diese Koalition, die beiden Parteien, die in Österreich alles beherrschen.

Es hat sich gezeigt, daß man der Wohnungsnot allein mit dem Neubau von Wohnungen nicht beikommt. Es geht vielmehr um die Frage der Wohnungsverteilung. Seine Partei sei zwar gegen eine Wohnungsbewirtschaftung, man könne aber auf der anderen Seite nicht den privaten Wohnungssektor freigeben und gleichzeitig die alten Zinse beibehalten.

Freilich, jahrzehntelange Zustände kann man nicht über Nacht ändern, vor allem nicht in Österreich und auch nicht mit einer allgemeinen vierfachen Erhöhung der Mietzinse. Es wäre aber doch an der Zeit, sich mit jenen Maßnahmen zu befassen, die unsere westlichen Nachbarn bei ihren Bemühungen um Reformen getroffen haben. Es gibt heute in Wien zweifellos genug Menschen, die bereit sind, höhere Mietzinse zu bezahlen, die aber keineswegs die

Ablösen bezahlen können. Außerdem könnte man Mietzinsbeihilfen geben, die jedoch nicht generell gewährt werden sollten, wie es jetzt geschieht.

GR. Dr. Schmidt kritisiert dann, daß auch Leute, die schon eine Gemeindewohnung haben, durch Tausch eine zweite neue Wohnung erhalten. Es wird oft der Vorwurf erhoben, daß im städtischen Bereich Wohnungen lange Zeit unbenützt stehen. Man sollte auch die finanzielle Leistungskraft eines Vorgemerkten berücksichtigen. Viele prominente Schauspieler wohnen in Gemeindewohnungen. Es fragt sich wirklich, ob sich diese nicht eine Wohnung kaufen können.

GR. Dr. Schmidt beschäftigt sich mit einer weiteren Forderung, die immer wieder in der Öffentlichkeit erhoben wird, nämlich der Kontrolle der Wohnungsvergebungen. Die Kontrolle, sagt er, kann in einer Demokratie nicht als Mißtrauen angesehen werden. Seiner Meinung nach gebe es verschiedene Möglichkeiten - vom Punktesystem bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt - die angewendet werden könnten.

Er beschäftigt sich mit der mangelhaften Betreuung der städtischen Wohnhausanlagen durch die Mieter und greift einige Beschwerden auf, in denen gegen die nächtliche Lärmbelästigung durch einzelne Wohnparteien Klage geführt wird.

Abschließend spricht er sich gegen die Verwendung der Hauswarte als Werber für politische Zwecke aus. Die FPÖ werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX nicht zustimmen.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) bezeichnet die Geschäftsgruppe IX als einen der schwierigsten Verwaltungszweige. 32.000 vorgemerkte wohnungsuchende Familien bedeuten, daß in Wien rund 100.000 Menschen Wohnungssorgen haben. Er untersucht dann die Ursachen, warum die Zahl der Wohnungsuchende bei uns nicht wesentlich abnimmt und stellt fest, daß für die wirklich bedürftigen Fälle seitens der Stadt Wien eigentlich nur 2.000 Wohnungen jährlich zur Verfügung stehen. Seiner Meinung nach könnte Abhilfe geschaffen werden, vor allem durch eine besondere Förderung des Wohnungseigentums und des genossenschaftlichen Baues. Dadurch könnte auch ein größeres Bauvolumen erreicht werden. Ein großer Teil unserer Jugendlichen, sagt er, sei der Ansicht, daß die Wohnung zur Hochzeit bereitgestellt werden sollte, ohne irgend etwas dazu beitragen zu müssen. ./.

Seiner Meinung nach müßte die Jugend zum Sparen für die spätere Schaffung einer Wohnung angehalten werden. Der Redner ersucht zugleich die Stadtverwaltung, den jungen Ehepaaren bei der Beschaffung von Wohnraum behilflich zu sein und stellt einen diesbezüglichen Antrag. GR. Dr. Ebert wendet sich dann dem Untermieterproblem zu und erklärt, daß hier die Verhältnisse sehr im argen liegen. Wien als Universitätsstadt brauche Untermieten für viele Studenten, und auch die in die Bundeshauptstadt kommenden Arbeitskräfte brauchen Unterkünfte. Er appelliert daher an alle Wiener, die Wohnraum zu vergeben haben, bei der Vermietung anständig zu handeln.

Er begrüßt die Zuweisungen der Baurechte an Bauwillige und spricht sich zugleich für eine raschere Befriedigung der Ansuchen aus.

Als ein sehr unliebsames Kapitel bezeichnet er dagegen die Frage der Vergabe von Geschäftslokalen in städtischen Wohnhausanlagen. Auch sie werden, sagt er, aus Steuermitteln der gesamten Bevölkerung gebaut. Anfangs wurden tatsächlich vielfach auch ausgebombte Geschäftsleute eingewiesen, in der letzten Zeit entsteht aber in jeder größeren Anlage eine Filiale des Konsumvereines. Wenn Bürgermeister Jonas, erklärt der Redner, erst vor kurzem gesagt habe, daß auch andere Interessenten eingewiesen werden, dann müsse seiner Ansicht nach auch berücksichtigt werden, in welchem Umfang dies geschehe und wie groß diese Lokale sind. Die jetzige Praxis bezeichnet er als Protektionismus und ersucht den Bürgermeister, hier einmal Ordnung zu machen.

Bei einem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben der Geschäftsgruppe IX stellt man fest, daß das Defizit dieser Gruppe 52 Millionen Schilling beträgt. Interessant sei in diesem Zusammenhang, daß die Erhaltung der baulichen Anlagen der Gemeindehäuser rund 58 Millionen ausmacht. Das heißt also, daß ein Großteil des Defizites durch die Erhaltung der baulichen Anlagen verursacht wird.

Als unzumutbar bezeichnet es der Redner, daß die Magistratsabteilung 27, Wohnhäusererhaltung, bei der Gruppe IX budgetiert wird, verwaltungsmäßig aber der Gruppe VI untersteht. Im Sinne einer Verwaltungsreform wäre es zweckmäßig, hier eine Änderung zu treffen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) erhebt die Frage, wieviele Wohnungen heuer bis November von der Gemeinde Wien fertiggestellt und den Mietern übergeben wurden. Aus den genannten Zahlen sei nämlich nur ersichtlich, für wieviele Wohnungen Geld zur Verfügung gestellt wurde. Sie bittet auch um Mitteilung, wieviele der zur Verfügung gestellten und geplanten Wohnungen solche mit Normalzins, und wieviele mit erhöhtem Zins, bzw. nach der Fertigteilbauweise errichtet sind. Es sei heute für viele Familien schwer oder unmöglich, besonders wenn mehrere Kinder vorhanden sind und der Vater Alleinverdiener ist, eine Gemeindewohnung anzunehmen, weil selbst der Normalzins zu hoch ist.

Die Überfüllung der Lehrlingsheime und Jugendfürsorgeanstalten habe vielfach ihre Ursache auch in den schlechten Wohnverhältnissen mancher Familien. Es gäbe heute noch Fälle, wo Einzelräume von sechs bis acht Personen bewohnt werden.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob u. here Wohnraumnot quantitativ oder qualitativ größer ist. Zahlenmäßig sei bestimmt der qualitative Mangel größer, aber auch die quantitative Not sei erschreckend. So gebe es Familien, die trotz einwandfreiem Leumund oft fünf bis acht Jahre in einem Obdachlosenheim untergebracht sind. Sicherlich sind die Obdachlosenheime tadellos geführt und bis auf einige schwierige Ausnahmefälle leben dort nur Menschen, die den besten Leumund haben und unverschuldet obdachlos geworden sind. Trotzdem wäre es gerade für Familien mit Kindern ungeheuer wichtig geeignete Wohnungen zu haben. Die Rednerin stellt den Antrag, der Stadtrat für das Wohnungswesen möge dafür Sorge tragen, daß die unverschuldet Delogierten aus den Obdachlosenheimen innerhalb einer angemessenen Frist in Gemeindewohnungen eingewiesen werden.

Einer Lösung bedürfe auch das Problem der Wohnungen für alte Leute. Viele von ihnen haben zwar eine Wohnung, aber sie liegt oft im 3. oder 4. Stock. Infolge ihres Alters oder durch Erkrankung können diese Menschen nicht mehr so hoch steigen. Man dürfe daher nicht damit aufhören, auch für alte Leute Wohnungen zu bauen.

Die ÖVP werde den Ansätzen zustimmen.

GR. Windisch (SPÖ) stellt fest, daß es nicht Schuld der Sozialisten ist, daß es in Wien noch eine quantitative und auch qualitative Wohnungsnot gibt. Leider habe die ÖVP im Jahre 1955 über Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes nicht zugestimmt. Er verweist darauf, daß bis November dieses Jahres beim Wohnungsamt rund 6.000 Neuvermerkungen durchgeführt wurden. Es kommen also jährlich rund 7.000 neue Wohnungsfälle dazu. In diesem Zusammenhang muß man aber darauf verweisen, daß einige Gruppen von Wohnungssuchenden vom Wohnungsamt überhaupt nicht in Vormerkung genommen werden. Hier gibt es zum Beispiel die große Gruppe jener jungen Menschen, die noch nicht verheiratet sind und eine Wohnung suchen. Viele von ihnen erwarten ja nicht einmal eine Gemeindewohnung. Sie sind bereit 30.000 bis 40.000 Schilling als Eigentums- oder Grundanteil für eine Wohnung durch eine Baugenossenschaft zu bezahlen. Leider aber werden auf diesem Sektor üble Geschäfte gemacht. Es gibt heute Wohnungsgesellschaften und Einzelpersonen, die nicht so wie die Genossenschaften 30.000 oder 40.000 Schilling verlangen, sondern 80.000 bis 100.000 und noch mehr. Man braucht nur manchmal Zeitungsinserate zu lesen, da werden Neubauwohnungen um 200.000 oder 300.000 Schilling angeboten. Für verwahrloste Wohnungen in Althäusern verlangt man 50.000 bis 80.000 Schilling. Derartige Beträge könnten weder von den jungen Leuten, noch von weiteren großen Gruppen von Wohnungsuchenden, die nicht vorgemerkt werden können, bezahlt werden. Zu jenen die nicht vorgemerkt werden, gehören auch die vielen Hausbesorger, die schon das Rentenalter erreicht haben, aber ihre Hausbesorgerarbeit weitermachen müssen, weil sie keine andere Wohnung erhalten. Allein im 4. Bezirk gibt es 500 bis 600 solcher alter Hausbesorger. Die Zahl dieser Leute wächst von Jahr zu Jahr und es muß versucht werden, dieses Problem zu lösen. Eine weitere Gruppe, die in den Vormerkungen nicht enthalten ist, sind die Geschiedenen. Jährlich werden in Wien rund 3.800 Ehen geschieden und ein Partner ist dadurch ohne Wohnung.

Ist die Zahl der vorgemerkten Wohnungsuchende rund 32.000, so wird es mindestens noch 20.000 Wohnungsuchende geben, die nicht vorgemerkt sind. Bei dieser Situation bleibt also gar nichts anderes zu tun übrig, als die Bewirtschaftung des Wohnraumes zu verlangen. Seit 1955, also mit Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes ist die Situation von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Selbst Westdeutschland, es wird von Bürgerlichen regiert, hat auf diesem Sektor noch immer Zwangsgesetze, die vorläufig bis 31. Dezember 1965 gelten. Also selbst dort, wo Sozialisten nicht mitregieren, ist der Wohnraum bewirtschaftet. Darum: solange es tausende gibt, die keine Wohnung besitzen, haben wir die Verpflichtung, gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um die Wohnraumverteilung sicherzustellen.

Nicht die Bewirtschaftung und der Mieterschutz sind die Ursache der Wohnungsnot, sondern umgekehrt; die Bewirtschaftung und der Mieterschutz sind eine Folge der Wohnungsnot.

Abschließend erklärt der Redner, er hoffe, daß 1962 bei der ÖVP ein Jahr der Einkehr sein werde; helfen sie mit, daß der vorhandene Wohnraum gerecht verteilt werden kann! (Beifall)

In seinem Schlußwort beschäftigt sich Stadtrat Glaserer mit den Ausführungen der Debatteredner. Es wurde gesagt, daß man für eine Zimmer-Küche-Wohnung - sogar, wenn sie gesundheits-schädlich ist - 20.000 Schilling zu bezahlen hat. Er möchte sagen, gerade solche Wohnungen sind viel wert. Wir haben zum Beispiel einen Fall gehabt, daß wir aus einer solchen Wohnung bereits zum fünften Mal Mieter herausnehmen und ihnen eine Gemein-dewohnung geben mußten.

Was die Zinsbildung anlangt, so sieht eine Wohnung zu Selbstkosten ganz anders aus: 300.000 Schilling sofort und 210.000 im Laufe von einigen Jahren. Beim sozialen Wohnungsbau werden zwei Prozent verlangt. Das bedeutet, daß der gesamte Bauaufwand nach wie vor abgeschrieben wird. Ein Prozent ist Wertabschreibung und ein Prozent wird für Instandhaltung und Verwaltung verwendet. Eine Kostendeckung findet man lediglich bei zentralgeheizten Wohnungen, jedoch nur für die Beheizung.

Intervenieren kann jeder. Ob wir aber die Intervention zum Erfolg führen, ist eine ganz andere Sache. Eine Intervention für

einen Fall, den wir nicht für einen Notstandsfall ansehen, ist vollkommen zwecklos. Das ist ja der Grund, meinte Stadtrat Glaserer, daß ich mit allen "verfeindet" bin.

Ich wäre zufrieden, wenn es irgend eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiet des Wohnungswesens gäbe. Das Neuvermietungs-gesetz war gar kein Bewirtschaftungsgesetz.

Es wurde von Mietenreform gesprochen. Wenn das eine Um-schreibung für Zinserhöhung sein soll, sei er dagegen. Die Wohnung kann auch mit einer Zinserhöhung nicht modernisiert werden, bestenfalls konserviert. Er glaube aber, daß man die typischen Wiener Zinswohnungen nur so lange erhalten solle, als es unbedingt notwendig ist.

Daß jemand eine zweite oder gar dritte Gemeindewohnung be-kommt: ein Ehepaar hat vor zehn Jahren einen Einzelraum erhalten; dann aber hat sich Nachwuchs eingestellt und sie wurden in eine größere Wohnung eingewiesen.

Leerstehende Wohnungen: Jede Verlassenschaft erfordert ge-raume Zeit; darauf haben wir keinen Einfluß.

Schauspieler in Gemeindewohnungen: bei dieser Wohnhausan-lage habe er von Haus aus gesagt, daß jene Kreise zum Zuge kommen sollen, die im sozialen Wohnungsbau nicht berücksichtigt werden konnten.

Wir sollen eine Kontrolle und ein System haben, aber selbst das beste System bringt uns nicht mehr Wohnraum. Was jedoch die Kontrolle betrifft, so steht den Mitgliedern des Ausschusses jederzeit das Recht zu, jede Kontrolle durchzuführen.

Er solle prüfen, ob alle Delogierungsfälle echt sind? Das hieße aber, den Stadtrat zum Richter der Richter zu machen.

Den Vorwürfen, daß der Konsum bevorzugt werde, hielt Stadt-rat Glaserer einige Zahlen entgegen. Von den 7.000 Lokalen in Gemeindewohnungen hat der Konsum 140 bekommen; von den 280.000 Quadratmeter entfallen nur 19.000 auf den Konsum. Und wenn man nur den Lebensmittelsektor vergleicht, so stehen den 140 Konsum-filialen 1.735 Greißler gegenüber.

Stadtrat Glaserer nimmt abschließend Stellung zu einigen Anregungen, darunter zum Antrag über die Berücksichtigung von Jungvermählten und stellt fest, daß ein Drittel aller städtischen

Wohnungen an junge Ehepaare vergeben wird. Die angeregte Überführung der Magistratsabteilung 27 in die Geschäftsgruppe IX, sagte er, entspreche seinen Vorstellungen und er würde sie als einen Beitrag zur Verwaltungsreform begrüßen. Er dankt den Debatterednern für ihre Diskussionsbeiträge und ersucht um Annahme der Ansätze seiner Geschäftsgruppe. Sie wurden dann mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Beschlußanträge von GR. Dr. Ebert und Dr. Helene Stürzer wurden einstimmig dem Gemeinderatsausschuß IX zugewiesen.

(Ende der Debatte über das Wohnungswesen)

- - -

Die Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß im Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten die Untersuchungsergebnisse des Institutes für Fleischhygiene und Lebensmittelkunde an der Tierärztlichen Hochschule stehen. So wurden von diesem Institut unter anderem 94 Wurstsorten genau untersucht. 49 davon waren von schlechter Qualität. Durch die modernen Feinzerkleinerungsmaschinen werden minderwertige Fleischsorten, Bindegewebe, Talg, Speck usw. für die Wursterzeugung verwendet. Gewisse Vertreter der Fleischhauer berufen sich auf eine Geschmacksveränderung seitens des Publikums. Das Untersuchungsergebnis stellte aber fest, daß sich nicht der Geschmack sondern die Qualität wesentlich verändert habe. Es gibt zwar Vorschriften über die Zusammensetzung von Mischfutter; für die Zusammensetzung der Lebensmittel für die menschliche Ernährung gebe es leider keine derartigen Vorschriften. Die Stadt Wien müßte daher alles daransetzen, die Verarbeitung minderwertiger Ware zu verhindern. Auch die vielen chemischen Zusätze dürfen nicht verwendet werden. Das Marktamt müßte in der Lage sein, mehr Kontrollen durchzuführen. Mit der Feststellung von Mängeln allein wäre es nicht getan. Lebensmittelfälscher müßten ausreichend bestraft und ihre Namen und Adressen veröffentlicht werden.

Zu diesem Betrug an den Verbrauchern kommt aber dann auch noch die Verteuerung der Lebensmittel. Nach Mitteilungen des

Statistischen Zentralamtes sind gegenüber Oktober 1960 32 Waren oder Dienstleistungen teurer geworden, vier wurden billiger, 30 blieben gleich. Laut Verbraucherpreisindex des Institutes für Wirtschaftsforschung sind die Lebenshaltungskosten im selben Zeitraum um fünf Prozent gestiegen.

Laut Arbeiterkammerbericht wurden im Jahre 1960 2.800 Betriebe wegen Preistreiberei bestraft. Die Strafen machten durchschnittlich 116 Schilling aus. Damit könne wahrlich kein Kampf gegen die Preistreiberei geführt werden. Leider treten die beiden Regierungsparteien viel zu wenig energisch gegen Preistreiberei auf. Auch die Kartelle wirken sich sehr ungünstig auf die Preisgestaltung aus. Der Redner tritt für eine Herabsetzung der Preise für die Grundnahrungsmittel ein, für eine Herabsetzung der Handelsspannen, die Errichtung von Preisüberwachungsstellen und wirksame Maßnahmen gegen Preistreiber.

GR. Lauscher fordert die Gemeinde Wien auf, den weiteren Preiserhöhungen innerhalb der Stadtverwaltung energisch entgegenzutreten und spricht sich zugleich gegen die Überfremdung der österreichischen Wirtschaft durch das westdeutsche Kapital aus.

Zum Schlachthof St. Marx bemerkt er, daß er zwar wieder aufgebaut und modernisiert wurde, daß aber die Anlagen trotz großer Investitionen leider immer noch nicht den Anforderungen entsprechen. Die KLS werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe X nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) beschäftigt sich als nächster Redner gleichfalls mit den steigenden Preisen und erklärt, er könne mit der Kritik seines Vorredners übereinstimmen. Er meint aber nicht, daß GR. Lauscher als Vertreter der Kommunisten das Recht habe, über unseren Lebensstandard Klage zu führen. Der Redner richtet dann sein Augenmerk auf die laufend steigenden Ausgaben dieser Geschäftsgruppe. Er sieht darin einen weiteren Beweis für die Abschwächung des Schillings. (Durch Zwischenrufe seitens der Fraktion der KLS kommt es zu einem erregten Wortwechsel mit GR. Peter, sodaß der Vorsitzende Architekt Ing. Lust Ordnungsrufe erteilen muß.)

Der Redner regt dann im Verlauf seiner weiteren Ausführungen die Instandsetzung einiger Marktanlagen, die Abschaffung von Ge-

ruchsbelästigungen im Prater und wirksame Maßnahmen gegen die Gelsenplage an.

den jetzigen Zustand des Laxenburger Schlosses und seiner Parkanlagen bezeichnet er als eine Schande. Seiner Meinung nach müßte der Bund für die Rettung dieser historischen Objekte die notwendigen Mittel bereitstellen. Jetzt, wo er die Ministerpenision bewilligt hat, solle er sich nicht auf Geldmangel ausreden. Abschließend stellt GR. Peter die Behauptung in Zweifel, daß der gegenwärtige Wohlstand auf die politische Zusammenarbeit der Koalition zurückzuführen sei. In der gegenwärtigen günstigen wirtschaftlichen Lage erblicke er den Beweis für die Tüchtigkeit der Bevölkerung.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) beschäftigt sich vornehmlich mit landwirtschaftlichen Agenden. Eingangs stellt er fest, daß die Wiener Bevölkerung eine Vorliebe für ausländische Produkte habe, und diese den gleichwertigen heimischen Erzeugnissen immer noch vorziehe. Die Wiener Gärtner mußten sich daher bereits auf die Erzeugung von frühreifem Gemüse umstellen.

Seit der Gründung der Landwirtschaftskammer für Wien vor drei Jahren wurden in Wien 184 Glashäuser gebaut. Dank diesen Maßnahmen sind die Wiener Gärtner in der Lage, das ganze Jahr frischen Salat auf den Markt bringen zu können. Sie sind bemüht, alles zu tun, um selbst die verwöhntesten Ansprüche der Wiener zu befriedigen. Er stellte mit Genugtuung fest, daß der Großteil der agrarischen Produkte, die unseren Weihnachtstisch decken werden, in Österreich erzeugt wurden. In diesem Zusammenhang appelliert er an die Wiener Bevölkerung, durch den Ankauf heimischer Produkte die Arbeit der Landwirtschaft zu unterstützen.

Der Redner bedauert, daß das Wachstum Wiens mit dem Verlust landwirtschaftlichen Bodens verbunden ist und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich der Wiener Gemeinderat anläßlich der letzten Debatte über das städtebauliche Grundkonzept für den Schutz der Wiener Weinbaugebiete ausgesprochen hat. Unsere größte Sorge aber sind die Gärtnereibetriebe, die immer mehr von der Industrie verdrängt werden. Er ersucht die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung, die Gärtner bei der Suche von geeignetem Boden in Stadtnähe zu unterstützen. Hierfür werden auch günstige Kredite des Bundes und des Landes Wien nötig sein.

Der Redner drückt seine Befriedigung über die Tätigkeit der **Land- und Forstwirtschaftsinspektion** aus. Zum Schluß verweist er darauf, daß es höchste Zeit wäre, die Frage des Cobenzl zu lösen.

GR. Walzer (ÖVP) richtet zuerst einige Fragen an den Referenten. Was kann bei dem gegenwärtigen Stand über die Ausgestaltung von Laxenburg gesagt werden? - Was für Produkte dürfen die Fracker eigentlich verkaufen? - Wie steht es mit der Donaukanalüberfuhr, die ein Fährmann angeblich ohne Berechtigung betreibt?

Der Redner wendet sich dann den Märkten zu. Er betont, Wien brauche unbedingt einen neuen Obst- und Gemüsegroßmarkt. Auch auf dem Blumengroßmarkt sind derzeit die Verkehrsverhältnisse trostlos. Als erfreulich bezeichnet es GR. Walzer, daß die Überprüfungen des Marktantes nur in wenigen Fällen **Beanstandungen** ergeben haben. Alle verantwortungsbewußten Gewerbetreibenden begrüßen diese Überprüfungen, ja beantragen eine Kontrolle oft selbst, um bei importierten Waren sicher zu sein, dem Konsumenten einwandfreie Qualität anbieten zu können. Jene aber, die bewußt gegen Vorschriften handeln, dürfen nicht erwarten, daß sie von ihrer Berufsvertretung geschützt werden.

Zum Thema Preise bemerkt der Redner, es sei nicht wegzuleugnen, daß sich bei manchen Waren und Leistungen gewisse Teuerungen ergeben haben. Im Durchschnitt gesehen, wurden jedoch die höheren Lebenshaltungskosten durch höhere Löhne und Gehälter abgegolten. Preisbewegungen sind in Zeiten der Konjunktur keine Seltenheit und bei fast allen westeuropäischen Staaten zu finden. Man solle deshalb den Teufel nicht an die Wand malen, denn sonst könnte er lebendig werden. Der Redner versichert auch, daß kein Unternehmer - von Ausnahmen abgesehen, die nur die Regel bestätigen - leichtfertig Preise erhöht. Die Auswirkung einer Preiserhöhung ist kaum abzusehen; dazu kommt noch der harte Konkurrenzkampf.

Der Redner begrüßte die Einrichtung der paritätischen Kommission, wendet sich jedoch dagegen, daß man selbst strenge Kalkulationen als uninteressant bezeichnet, wenn es sich, wie zum Beispiel beim Haarschnitt um einen "optischen Preis" handelt, der nicht geändert werden dürfe. Eine solche Haltung sei weltfremd, welche kuriose Situationen sogenannte gelenkte und optische Preise herbeiführen können, zeigt der Fleischpreis.

1951 wurde der Preis für ein Schweinskarree mit 32 Schilling und für Speck mit 21 Schilling festgelegt. Heute ist der Speckpreis längst illusorisch geworden und der Fleischhauer bringt seinen Speck gerade noch um zehn bis elf Schilling an. Da aber das Schwein nicht nur aus mageren Teilen besteht, muß die Preisdifferenz in irgendeiner Form gedeckt werden.

Abschließend bringt der Redner einen Antrag ein, der die Novellierung des Wiener Tierschutzgesetzes dahingehend verlangt, daß Tierquälerei gerichtlich bestraft werden soll.

GR. Rösner (SPO) stellt fest, die Tätigkeit der Geschäftsgruppe X sei nicht so deutlich sichtbar, wie die des Bauwesens, aber für die Wiener Bevölkerung trotzdem von großer Wichtigkeit. Im besonderen gilt das für die Tätigkeit des Marktamtes. Die Stadtverwaltung hat für die Planung des Gemüse- und Obstmarktes bereits eine eigene Planungskommission eingesetzt. Die Arbeit dieser Kommission findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da man vermeiden will, die Preise für jene Grundstücke, die teilweise für diesen Markt noch benötigt werden, in die Höhe zu treiben. Es zeigt sich also auch an diesem Beispiel wie notwendig es wäre, ein Bodenbeschaffungsgesetz zu haben.

So viel bis jetzt bekannt ist, wird der neue Großmarkt 200.000 Quadratmeter groß sein. Das Idealmaß wären 250.000 Quadratmeter. Betrachtet man die Verhältnisse auf dem jetzigen Naschmarkt, dann muß man sich wundern, daß dort überhaupt noch ein Marktleben und eine Marktkontrolle möglich sind. Ein Teil der Händler hat sich schon in der nahen Umgebung des Marktes in Privathäusern und auch am Frachtenbahnhof Matzleinsdorf etabliert. Die Marktkontrolle wird dadurch natürlich sehr erschwert. Der Redner ersucht Stadtrat Bauer alles zu unternehmen, um das Problem des Obst- und Gemüsegroßmarktes einer baldigen Lösung zuzuführen. Bezüglich der Standortwahl ist zu sagen, daß sich vielleicht dazu auch das Gelände des Zentralviehmarktes in St. Marx eignen würde. St. Marx wurde zu einer Zeit errichtet, als man für Wien mit einer Einwohnerzahl von vier Millionen rechnete, ist also für unsere heutigen Verhältnisse viel zu groß. Dazu kommt noch, daß ein Großteil der Händler das Vieh heute bereits per Lastauto nach Wien bringt, sodaß viele Gleisanlagen und Stallungen unnötig geworden sind. Es könnte in der vorhandenen Anlage sowohl

der Fleischgroßmarkt, als auch der neu zu planende Obst- und Gemüsegroßmarkt Platz finden. Durch die Konzentration dieser Märkte wäre eine größere Übersichtlichkeit und eine bessere Marktkontrolle möglich. Auch die Verwaltung würde einfacher werden. Der Redner spricht unter dem Beifall aller Gemeinderäte den Bediensteten des Marktamtes den Dank für ihre vorbildliche Arbeit aus, die sie oft unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet haben.

Als zweckmäßig hält GR. Rösner eine Änderung der Marktordnung, die abgesehen von einigen kleinen Änderungen bereits im Jahre 1892 geschaffen wurde, und der heutigen Zeit nicht mehr voll gerecht wird.

Die Städtische Bäckerei wurde vor kurzem besichtigt und man konnte feststellen, daß sie fast vollkommen maschinell eingerichtet ist und hygienisch einwandfrei arbeitet. Ein neuer Backofen mutet fast wie eine verkleinerte Walzstraße eines Stahlwerkes an. Es können in ihm zu gleicher Zeit 170 Kilogramm Brot gebacken werden.

Besondere Anerkennung verdiene auch die Arbeit des Beschaffungsamtes. Eine Besichtigung des Lagers hat gezeigt, daß gute Qualität eingekauft wird. Besonders erfreulich sei die Ausstattung der Säuglingswäschepakete und die Beschaffenheit der Kleiderstoffe, die für die Kleidung der Pflegekinder der Gemeinde Wien verwendet werden. Wenn man bedenkt, daß vom Beschaffungsamt Waren im Wert von 145 Millionen Schilling gekauft wurden, kann man sagen, daß dies ein bedeutender Beitrag für die Wirtschaft war. Gewerbe und Handel müssen also nicht nur Steuern zahlen, sondern bekommen auch von der Gemeinde Wien große Aufträge.

Abschließend stellt GR. Rösner fest, daß die SPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde. (Allgemeiner Beifall.)

Stadtrat Bauer beschäftigt sich im Schlußwort zunächst mit den Ausführungen von GR. Lauscher. Er stimmt mit ihm überein, daß die Bevölkerung vollen Anspruch auf eine klaglose Belieferung mit Wurstwaren hat. Bei den von ihm aufgezeigten Mißständen, sagt er, habe es sich um Erzeugnisse von Firmen gehandelt, die sich außerhalb Wiens befinden und deren Produktionsstätten sich also einer Kontrolle des Marktamtes entziehen.

Er stellt fest, daß die Klassifizierung der Wurstwaren in Wien sehr streng vorgenommen wird und daß das Marktamt jedermann bei der Überprüfung von Lebensmitteln aller Art zur Verfügung stehe. Eine Wurst, sagt er, müsse noch nicht schlecht sein, wenn sie unter einer irreführenden Bezeichnung angeboten wird. Voraussetzung ist aber dabei, daß der Preis dementsprechend gehalten wird.

Er bespricht dann einige Ursachen der Preisschwankungen beim Fleisch, die Preisspannen sowie die Funktion des Zwischenhandels.

Zum Kapitel der Marktanlagen erklärt er, daß sie überall modernisiert werden, wo es notwendig erscheint. Die Kommission, die sich mit der Verlegung des Naschmarktes zu beschäftigen hat, hielt bereits ihre konstituierende Sitzung ab.

Der Blumenmarkt am Phorusplatz soll den Wünschen der Blumenhändler entsprechend, auf seinem jetzigen Standort bleiben.

Über den Christkindlmarkt wurden verschiedene Äußerungen vorgebracht und Stadtrat Bauer glaube nicht, daß es sich um eine weltbewegende Angelegenheit handeln würde, sollte dieser Markt auch weiterhin vor dem Messepalast abgehalten werden. Viel wichtiger scheine ihm allerdings, daß dieser Markt wirklich den Vorstellungen über einen Christkindlmarkt entspreche.

Zu den vorgebrachten Beschwerden über die Geruchsbelästigungen durch Benzindämpfe im Prater, sagt er, die Stadtverwaltung habe kein Recht, darüber zu entscheiden, welche Fehrgeschäfte (Ringelspiele) dort errichtet werden. Sollten diese Mißstände aber überhand nehmen, glaube er, müßte sich mit der Sache das Gesundheitsamt beschäftigen.

Jedenfalls wird man, was Laxenburg betrifft, sicher demnächst zu einem Übereinkommen zwischen Wien und Niederösterreich gelangen, damit Laxenburg zu einem schönen Erholungsgebiet ausgebaut werden kann.

Zu den Bemerkungen des FPÖ-Redners über die Koalition antwortete Stadtrat Bauer, manche Nachfolgestaaten der Monarchie wären froh, wenn sie eine solche Koalition "in Lizenz" erwerben könnten. Es hat sich eben bei uns die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Gegeneinander der Bevölkerung nicht dient. Wenn man der Bevölkerung helfen will, dann muß man eben da und dort Kompromisse schließen.

Ein Großteil der Erfolge in der Entwicklung unseres Landes ist der Koalition zu danken. Und deshalb soll auch die Koalition bleiben! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Zu dem ständigen "Klagelied" von GR. Hengl über das ausländische Gemüse und Obst, bemerkte Stadtrat Bauer, es sei eben leider so, daß die ersten wässerigen Frühkartoffel stürmisch verlangt werden. Wir bemühen uns jedenfalls sehr, diese Einstellung der Bevölkerung zu ändern.

Er hoffe, daß als nächstes Projekt der Cobenzl an die Reihe kommt, wenn das Bellevue - Restaurant fertiggestellt sein wird.

Die Pracker dürfen nur heimisches Obst und Gemüse verkaufen. Es gibt da laufend Schwierigkeiten und es regnet Anzeigen. Aber solche Dinge können wir erst bereinigen, wenn wir einen ordentlichen Großmarkt haben.

Den Antrag der ÖVP empfiehlt der Referent der Zuweisung.

Die Marktordnung wird noch bis Mai 1962 wirksam bleiben; bis dorthin müssen wir eine neue Marktordnung schaffen.

Was die ~~Donaukanal~~überfuhr betrifft, so wurde bei einer Überprüfung festgestellt, daß die Verankerung der Überfuhr auf einem Gasrohr liegt. Zu einer Änderung hat aber der Fährmann kein Geld. Man wird aber hier sicher einen Weg finden. Keinesfalls ist daran gedacht, die Überfuhr in den Besitz der Gemeinde zu übernehmen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Der Antrag der ÖVP wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien werden morgen, Mittwoch, mit der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltung Angelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Sigmund (SPÖ). Im Anschluß daran wird die restliche Tagesordnung erledigt.

Übermorgen, Donnerstag, stehen die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen auf der Tagesordnung. Referent: Stadtrat Schwaiger (ÖVP). Nach der Schlußansprache von Bürgermeister Jonas wird der Wiener Gemeinderat in die Weihnachtsferien gehen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Schweinehauptmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 8.606, Polen: 249, Ungarn: 85. Gesamtauftrieb: 8.940. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14 bis 14.20 S, 1. Qualität 13.40 bis 13.90 S, 2. Qualität 12.80 bis 13.40 S, 3. Qualität 12.30 bis 12.80 S, Zuchten 11.50 bis 12 S, Zuchten extrem 12.20 bis 12.60 S, Altschneider 10 bis 10.50 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.40 bis 13.80 S, Ungarn 13.10 bis 13.30 S.

Bei leichter Qualitätsverschlechterung ermäßigte sich der Durchschnittspreis für inländische Schweine um fünf Groschen und beträgt nunmehr 13.05 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um fünf Groschen und beträgt nunmehr 13.41 S. In der Zeit vom 9. bis 15. Dezember wurden 3.782 Schweine außer Markt bezogen.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 138 Stück, hievon 13 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 81 Stück verkauft, hievon eine Notschlachtung, als Nutztiere wurden 54 Stück verkauft, unverkauft blieben 3 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Burgenland 17, Tirol 5, Niederösterreich 88, Steiermark 3, Oberösterreich 16, Kärnten 8.

Preise: Schlachttiere Fohlen 11.70 bis 14 S, Extremware 7.40 bis 8.10 S, Pferde 1. Qualität 6.80 bis 7.20 S, 2. Qualität 6.40 bis 6.70 S, 3. Qualität 4.80 bis 6.30 S, Nutztiere Pferde 6.80 bis 8.50 S.

Auslandsschlachthof/ 117 Stück aus Polen, 5.30 bis 6.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um zehn Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 63 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Schlachtpferde 7.18 S, für Schlachtfohlen 12.62 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.45 S, für Pferde und Fohlen 7.69 S.

- - -